

Herrn Präsident
Dr. Christoph LEITL
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 6. Juni 2013

**Antrag
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich
am 27. Juni 2013**

Beginnend mit dem Jahr 2000 wurden die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und jene der Angestellten zu einem Pensionsversicherungsträger zusammengelegt. In dieser Pensionsversicherungsanstalt sind – mit Ausnahmen – alle österreichischen Bürger erfasst. Rückblickend kann gesagt werden, dass diese Zusammenlegung bzw. Reform ihren Nutzen gehabt hat. Sie ist heute effizienter und effektiver aber vor allem auch angesehener und akzeptierter.

Auch im Bereich der heimischen Krankenkassen schlummert ähnliches Reformpotenzial. Dieses ist nicht nur mit hohen verwaltungstechnischen Einsparungen verbunden, sondern würde auch die Effektivität und Effizienz steigern. Auch die Kunden- bzw. Bürgerzufriedenheit würde gefördert werden. Kurz erwähnt sei, dass eine Zusammenlegung beispielsweise einen einheitlichen Leistungskatalog, Personaleinsparungen im Führungsbereich, bessere bzw. kundenfreundlichere Zusammenarbeit im „Front-Office-Bereich“ mit sich bringen würde.

Wichtig ist aber, dass wir uns mit einer Krankenkassenreform eine Lohnnebenkostensenkung erarbeiten können! Die Zusammenlegung der Krankenkassen ergibt – ohne Leistungseinschränkung – eine Win-Win-Situation für alle. Gesundheitsdienstleistungen können für den Bürger effektiver erbracht werden, die Republik muss weniger Budgetmittel aufbringen und für unsere Mitarbeiter könnten die Lohnnebenkosten reduziert werden.

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlaments Österreich stellen daher folgenden


Antrag:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich möge beschließen:


Die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, sich aktiv für die Zusammenlegung der Krankenkassen einzusetzen.



KommR Matthias Krenn
Fraktionsobmann



Dr. Erich Schoklitsch
Del. z. Wirtschaftsparlament



KommR Winfrid Vescoli
Del. z. Wirtschaftsparlament

**Abänderungsantrag zu 7.17
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 27. Juni 2013**

Effektive und nachhaltig finanzierbare Gesundheitsversorgung

Österreich verfügt über ein gutes Gesundheitssystem, im Hinblick auf die Zufriedenheit der Versicherten steht Österreich stets auf dem Podest. Wir liegen aber auch im Spitzenfeld, was die Ausgaben für Gesundheit betrifft. Um unser Gesundheitssystem nachhaltig finanziell sichern zu können und um die Qualität der Leistungen zu verbessern, braucht es eine koordinierte Planung, Steuerung und Finanzierung. Bundesregierung, Bundesländer und Sozialversicherung sind in einem mehrjährigen Prozess übereingekommen, die unnötigen Effizienzverluste an der Schnittstelle zwischen den niedergelassenen Ärzten und dem Spitalsbereich durch eine bessere Koordination und Steuerung zu beseitigen. Der Patient und nicht die Institution soll im Mittelpunkt stehen. Ziel muss sein, die Behandlungsqualität zu erhöhen und die bereitgestellten Finanzmittel optimal zu nutzen, um so auch Mittel für Prävention und innovative Leistungen frei zu machen. Dies wäre ein bezeichnender und begrüßenswerter Reformschritt hinzu einer effektiven und nachhaltig finanzierbaren Gesundheitsversorgung.

Gleichzeitig muss auch das Gesundheitsbewusstsein der Versicherten verstärkt werden. Mehr Eigenverantwortung muss gefordert und betriebliche Gesundheitsmaßnahmen sollen gefördert werden. Zu hinterfragen ist auch die Tatsache, warum in verschiedenen Bundesländern unterschiedliche Leistungen für Mitarbeiter angeboten werden und ob Gebietskrankenkassen nicht stärker organisatorisch kooperieren sollten.

Antrag:

Die Wirtschaftskammer Österreich wird ersucht, an die Bundesregierung und die zuständigen Stellen heranzutreten und sich für die Umsetzung folgender Forderungen einzusetzen:

- **Stärkung von Eigenverantwortung und Prävention im österreichischen Gesundheitssystem**

Es müssen verstärkt Anreize für eine eigenverantwortliche Lebensführung geschaffen werden. Nach Vorbild der SVA soll eine anreizbasierte Vorsorgemedizin statt Reparaturmedizin in allen Krankenversicherungen implementiert werden. Konkret könnte etwa bei den Gebietskrankenkassen die Rezeptgebühr halbiert werden, wenn vereinbarte Gesundheitsziele erreicht wurden. Der Bundesregierung sollen dazu die erwarteten Auswirkungen auf die Lebensqualität der österreichischen Bevölkerung und die Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

- **Betriebliche Gesundheitsförderung ausbauen**

Die betriebliche Gesundheitsförderung soll wie in Deutschland steuerlich gefördert werden. Gesundheitsleistungen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer sollen bis 500

Euro pro Jahr steuerlich absetzbar sein. Der Bundesregierung sollen dazu die erwarteten Auswirkungen auf Lebensqualität der Mitarbeiter, Produktivität der Betriebe und volkswirtschaftlichen Nutzen zur Verfügung gestellt werden.

- **Prüfung der Sinnhaftigkeit von stärkerer Kooperation oder Zusammenlegungen der Gebietskrankenkassen**

Ergebnisoffen soll von der Wirtschaftskammer Österreich geprüft werden, welche Effekte und Synergien eine stärkere Kooperation bzw. Zusammenlegung von Gebietskrankenkassen für Versicherte, Sozialversicherung und Volkswirtschaft zu erwarten wären.

.....